

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950**

240 (28.10.1950)

# ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 28. Oktober 1950

St. 240

## „Stimm' für Bonn, dann gibt's Geld“ Eid gegen Eid in der „Spiegel“-Affäre — Arndt spricht von „Abbiegungs-Versuchen“

Bonn (UP). Die Verhandlung des Untersuchungsausschusses über angebliche Bestechungsaffären im Bundestag brachte die Verteidigung des BP-Abgeordneten Besold, der ganz besonders Wert darauf legte, die Aussage auf seinen Eid zu nehmen: „Donhauser hat vor der Abstimmung Bonn-Frankfurt zu mir gesagt: 'Stimm' für Bonn, dann gibt es Geld.'“

Der Abgeordnete Donhauser, der während Besolds Vernehmung neben diesem saß, verließ bei der Eidesleistung protestierend den Saal. Er hatte behauptet, nie eine derartige Bemerkung zu Besold gemacht zu haben. Auch er versicherte bestimmt, daß er seine Aussagen „selbstverständlich“ auf seinen Eid nehmen werde und sogar Wert darauf lege, in dieser Frage verurteilt zu werden.

Bei der Vernehmung des Generalsekretärs der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, Doeringhaus, hatte es zu Beginn der Verhandlung eine kurze Kontroverse gegeben, als der SPD-Abgeordnete Arndt behauptete: „Jedesmal, wenn eine Frage für einen Zeugen etwas unangenehm wird, wird von seinen einigen Ausschußmitglieder abgehoben, so daß er zunächst einmal Zeit zum Überlegen findet.“ Arndt hatte den Generalsekretär gefragt, ob er nach der Abstimmung Bonn-Frankfurt deshalb mit der Zahlung der Gehälter Schwierigkeiten hatte, weil vorher größere Beträge aus der Parteikasse gebraucht worden seien. Der Zeuge antwortete, die Mittel seien manchmal etwas knapp gewesen, aber er habe keine Kenntnis davon, ob sie für andere Dinge verbraucht worden seien. „Zugang zu der Parteikasse hatte allein die Parteiführung“, erklärte Doeringhaus. Er fügte hinzu, es sei durchaus möglich, daß Mittel aus der Parteikasse genommen würden, ohne daß er etwas davon erfahre.

Die Vernehmung des hessischen Staatsministers Hilpert, der gefragt wurde, ob er etwas über Zuwendungen an Abgeordnete im Zusammenhang mit der Hauptstadt-Wahl wisse, verlief ergebnislos.

## Die Tat, nicht die Gesinnung strafen

Bundestag debattiert „Staatsfeinde“-Gesetz — Lastenausgleichsvorlage noch vor Weihnachten

Bonn (UP). Eine gerechte Überprüfung aller des Rechts- oder des Linksradikalismus verdächtigen Elemente im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik verlangte die SPD-Fraktion des Bundestages.

Der SPD-Abgeordnete Jacobi betonte, bei der Verwirklichung des Beschlusses der Bundesregierung, alle Feinde der Grundordnung auszuschalten, dürfe nicht nach der Gesinnung, sondern nur nach der Tat geurteilt werden. Jeder einzelne Fall müsse genau untersucht werden. Damit nahm die Sozialdemokratische Stellung zu dem kommunistischen Antrag, den Beschluß der Regierung zur Entlassung links- und rechtsradikaler Kräfte aufzuheben, der Antrag wurde dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungswesen überwiesen.

Eine andere Forderung der Kommunisten, Bundespresechef Dr. Brandt zu entlassen, ging dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für Presse, Rundfunk und Film zu. Die KPD beschuldigte Brandt, mit einigen Journalisten vertrauliche Gespräche über eine Remilitarisierung Westdeutschlands geführt und sich damit zum „Sprachrohr kriegerischer Erwägungen“ gemacht zu haben.

Staatssekretär Hartmann vom Bundesfinanzministerium kündigte an, der Finanzminister werde dem Parlament noch vor Weihnachten den Entwurf eines Lastenausgleichsgesetzes mitteilen. Er beantwortete damit einen Antrag der KPD, ein Lastenausgleichsgesetz noch bis zum 1. November einzubringen. In zweiter und dritter Lesung verabschiedete der Bundestag ein neues Zuckergesetz, das die Erzeugung und den Verkauf von Zucker regelt. Danach kann die Bundesregierung Erzeugnisse festsetzen. Der Bundesernährungsminister muß einen Versorgungsplan für Zucker aufstellen.

Einmütig hob der Bundestag die Immu-

nität des Abgeordneten Günther Götzen-dorff auf, der als Hospitant der DRP-Fraktion angehört. Ihm wird Betrug beim Verkauf eines Kraftwagens vorgeworfen. Bundestagspräsident Ehlers versicherte in diesem Zusammenhang, der Bundestag werde sich immer bemühen, derartige Vorkommnisse schnell zu klären.

Finanzausgleich abgelehnt

Der deutsche Bundesrat gedachte zu Beginn seiner 28. Sitzung der deutschen Krieges-gefangenen im Ausland. Präsident Ehard gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die in dieser Frage angerufene Organisation der Vereinten Nationen durchsetzen werde und appellierte besonders an Frankreich, die Ungewißheit über das Schicksal der inhaftierten Gefangenen zu klären.

In seiner Arbeitssitzung nahm der Bundesrat das als Rückläufer erneut vorliegende Bundesversorgungsgesetz trotz verschiedener Bedenken der Länder in Anbetracht seiner Dringlichkeit gegen die Stimmen von Baden an. Dagegen lehnte er den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern für das Rechnungsjahr 1950 mit 19 gegen 16 Stimmen ab. Gegen die Vorlage sprachen sich Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern aus. Die Vertreter der finanzstarken Länder Hamburg, Bremen und Württemberg-Baden betonten, es sei auf die Dauer unhaltbar, daß die finanzschwachen Länder ständig subventioniert werden müßten. Durch eine entsprechende Neugliederung des Bundesgebietes müsse endlich ein gerechter Ausgleich geschaffen werden. Der Finanzausgleich dürfe nicht dazu führen, daß die Reformbedürftigkeit unhaltbarer Ländergrenzen durch das Subventionssystem verschleiert werde.

## Die Illegalen

Eines der schwierigsten Probleme für die Bundesrepublik ergibt sich aus der Existenz von 300 000 bis 500 000 Menschen ohne feste Bleibe, die als „Illegale“ innerhalb der Grenzen des jungen Staates leben. Sie sehnen zum großen Teil, ohne sich am wertschöpfenden Arbeitsprozeß zu beteiligen, von der Substanz der Allgemeinheit. Das Schicksal dieser Bevölkerungsgruppe wird von den meisten Deutschen kaum noch beachtet, weil viele mit sich selbst genug zu tun und um ihre Existenz zu ringen haben.

Das Gebiet der heutigen Bundesrepublik hatte eine ursprüngliche Gesamtbevölkerung von rund vierzig Millionen. Seit 1945 nahm es insgesamt 7,63 Millionen Flüchtlinge aus der Ostzone, den ehemals deutschen Gebieten östlich von Oder und Neisse sowie aus den angrenzenden Staaten auf. Diese Millionen beteiligen sich am Aufbau Deutschlands. Sie sind heute legale Bürger der Bundesrepublik mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die Alteingesessenen.

Weitere 1,31 Millionen kamen in den letzten Jahren illegal über die Grenze und leben seitdem bei Freunden, Bekannten oder Verwandten — ohne Asylrecht. Sie gelten zwar als „Illegale“, werden von den Behörden jedoch stillschweigend geduldet. Sie leben teils aus Angst, teils weil sie von den besseren Lebensmöglichkeiten im Westen wußten. Auch der größte Teil dieser Gruppe beteiligt sich am Wiederaufbau und verdient mit ehrlicher Arbeit das tägliche Brot.

Mindestens 300 000 Menschen aber treiben sich heute nach amtlichen Schätzungen ohne ordentliche Papiere, festen Wohnsitz oder Arbeit in Westdeutschland herum. Ihre Heimat ist die Landstraße oder die Straßenecke der Großstadt geworden. Viele von ihnen schlafen im Sommer unter Bäumen und suchen in den kalten Monaten abends Schutz in Trümmern. Sie suchen aus Resignation, Mutlosigkeit und manchmal auch Faulheit keine ordentliche Arbeit oder ziehen als Schieber ihren spekulativen Nutzen aus der Spaltung Deutschlands. Einige besitzen noch einen russischen Zonenpaß und fahren zwischen Nordsee und Thüringen, dem Ruhrgebiet und Brandenburg, Bayern und Sachsen hin und her, wertvolle Mangelware mit sich führend und aus diesen „Geschäften“ Riesengewinne einsteckend.

Einer von vielen ist Heinrich W. Die zweite Hälfte seines bisherigen Lebens ist eine einzige große Wanderung. Sie beginnt 1943 in Berlin. Er ist zwölf Jahre alt. Eine Bombe zerstört sein Elternhaus, die Mutter stirbt. Der Vater kommt auf „Bombenurlaub“ und bringt das Kind nach Leipzig zu Verwandten. Im Frühjahr 1945 drückt man dem Vierzehnjährigen eine Panzerfaust in die Hand. Er gerät in Gefangenschaft und kommt nach Polen. 1947 wird er frei. Seinen Vater sieht er niemals wieder. Die Verwandten sind nach dem Westen geflüchtet. Er weiß nicht, wohin. Flucht über die Grenze, als der Uranbergbau droht. Aryl wird verweigert. Westdeutschland fühlt sich nur politischen Flüchtlingen verpflichtet. Seitdem lebt er illegal. Im Sommer arbeitet er bei Bauern. Im Winter singt er in den Höfen der Großstadt. Er hat keine gute Stimme. Mitleidige werfen ihm Geldmünzen vor die Füße.

„Weinendes Leben“ nennt der 42jährige Flüchtling aus Brandenburg seinen Roman. Das Buch erzählt die Geschichte der deutschen Volkswanderung im 20. Jahrhundert. Er ist im letzten Jahr in einer Mansardenstube entstanden. Der Autor hofft, daß das Werk ihm zu einer Existenz im Westen verhilft. Seit zwei Jahren wartet er vergebens auf seine Aufenthaltsgenehmigung. Mit Kurzgeschichten verdient er sich ein paar Mark. Für körperliche Arbeit ist er zu schwach. Vor Wochen hätte er sein festes Arbeitsverhältnis gefunden. Aber ihm fehlen die Papiere. 1948 kam er nach Westdeutschland, weil er frei leben wollte. Jetzt kann er nicht mehr zurück.

Einer, dem es besser geht, ist Ewald G. Man trifft ihn an Großstädtecken und in zweideutigen Lokalen, wo er als „Ehrenmann“ seine Geschäfte tätigt. Er bezeichnet sich als „politisch Verfolgter“, taucht plötzlich auf und ebenso schnell wieder unter, hat stets eine gefüllte Brieftasche mit ost- und westdeutschem Geld und fährt einen eigenen Wagen. Guten Freunden vertraut er an, daß er auch ein russisches Ausreisepapier besitzt. Hin und wieder verschwindet er hinter dem Eisernen Vorhang.

Viele verantwortungsbewußte Menschen in Deutschland hatten gehofft, daß die Bundesregierung versuchen werde, das Problem der „Illegalen“ im „Notaufnahmegesetz“ zu lösen. Leider hat der Bund bisher noch kaum einen entscheidenden Schritt zur Lösung dieses Problems getan. Nur die sozialen Elemente unter den „Illegalen“ freuen sich darüber und trampeln weiter mit Nordseefischen, amerika-

## Die endgültige Lastenausgleichsregelung

Abgabeschuld und Ausgleichsleistung — Einschneidende Bestimmungen

Bonn (UP). Der vom Bundeskabinett am Freitag reichhaltige Entwurf eines Gesetzes zum endgültigen Lastenausgleich unterscheidet zwischen Abgabeschuld und Ausgleichsleistung. Zur Abgabeschuld zählen einmalige Vermögensabgabe, Sonderabgabe von Vorvermögen, Kredit-Gewinn-Abgabe, Hypotheken-Gewinn- und Zins-Abgabe sowie die Obligationengewinnabgabe.

Für die Vermögensabgabe ist der Stichtag des 21. Juni 1948 maßgeblich, wobei die Einzelwerte zugrunde gelegt werden. Sie beträgt 50 Prozent für Betriebe der gewerblichen Wirtschaft, 37,5 Prozent bei Wohnhäusern, 31,25 Prozent bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und 25 Prozent bei kleinen Landwirtschaften. Die Zinsabgabe dient als Verzinsung der Lastenausgleichsschuld und beträgt 1 Prozent des jeweils noch vorhandenen Vermögens. Die Soforthilfe wird angerechnet. Somit wird sich die Ausgleichshilfe auf 25 Jahre erstrecken, von denen die zwei Jahre der Soforthilfe abgezogen werden. Für sofortige Abgaben zum Lastenausgleich wird Rabatt gegeben.

Ausgleichsleistungen  
Es werden 15 Schadensgruppen für Sach- und Geldschäden zwischen 500 und 100 000 DM gebildet. Schäden darüber hinaus werden nicht angesetzt.

Für Einkommensverluste werden neun Gruppen gebildet für Einkommen zwischen 1800 R-Mark und 18 000 R-Mark am ursprünglichen Wohnsitz des Vertriebenen. Das Gesetz sieht für die endgültige Hauptentschädigung vorläufige Grundbeträge vor, die auf diese Hauptentschädigung angerechnet werden. Zur Feststellung der Hauptschäden muß ein besonderes Gesetz bis zum 31. Dezember 1950 verabschiedet werden.

Es wird eine Kriegsschadenrente als Leibrente gewährt, auf die andere Renten und Wohlfahrtsunterstützungen nicht angerechnet werden dürfen. Die Kriegsschadenrente erhalten Männer über 65 Jahre und Frauen über 60 Jahre. Geburtsstichtag ist für Männer der 1. 1. 1899 und für Frauen der 1. 1. 1895. Kriegsschadenrente gibt es für Erwerbsunfähige, die mindestens zu 60% körperbeschädigt sind.

Schließlich sieht das Gesetz neben einer Eingliederungshilfe zum Aufbau einer Existenz als Vorstoß auf die Hauptentschädigung Förderungsbeihilfen zur Berufsausbildung und für ähnliche Zwecke vor.

Ein Sonderfonds von zwei mal 50 Millionen O-Mark innerhalb von 10 Jahren ist für politische Flüchtlinge aus der Sowjetzone vorgesehen. Darauf besteht jedoch kein Rechtsanspruch, während für die Hauptentschädigung ein solcher Rechtsanspruch besteht, der in seinem Verwaltungsverfahren eingeklagt werden kann.

Anspruch auf Entschädigung haben Vertriebene, Sachgeschädigte und Kriegsschäd-

nigte. Besondere Gesetze werden für die Besitzer ehemaliger Reichsanleihen, für Reparations- und Restitutionsverluste sowie für Verluste durch Vermögensbeschlagnahme im Ausland erlassen. Bei Vermögensschäden, die nur in geringem Umfang bei Bedürftigkeit berücksichtigt werden, gilt als Rechtsatz der Vermögensstand vom 1. 1. 1940 (Altspark).

Lukaschek protestierte

Bundesflüchtlingsminister Lukaschek hat, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, gegen den Entwurf eines vom Bundesfinanzminister vorgelegten Gesetzentwurfs für den endgültigen Lastenausgleich Protest eingelegt. Er wies den Vorschlag Dr. Schäfers im Verlauf einer Kabinettsitzung zurück, in der sich die übrigen Bundesminister mit dem Inhalt des Gesetzentwurfs einverstanden erklärten. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf „grundsätzlich gebilligt“.

Graf Schwerins Stellung gefährdet?

Die Gerüchte über ein mögliches Wehrgesetz

Bonn (UP). Das Bundeskabinett soll sich — wie es hier heißt — am Freitag kritisch mit einer Äußerung des Grafen Schwerin auseinandergesetzt haben, der als Sicherheitsberater des Bundeskanzlers vor Pressevertretern angeblich von der Möglichkeit eines Wehrgesetzes gesprochen hat. Graf Schwerin soll diese Äußerung in privatem Kreise getan haben. Sie war von einigen Journalisten wiedergegeben und dann offiziell dementiert worden. In unterrichteten Kreisen, die der Bundesregierung nahe stehen, wird behauptet, daß die Stellung Schwerins durch diese „Pressekonferenz“ stark gefährdet sei. Bundestagsabgeordnete wollen wissen, daß Schwerin in letzter Zeit einige Male mit dem SPD-Führer Dr. Schumacher zusammengetroffen ist. Der Bundeskanzler hätte am Donnerstag der CDU-Abgeordneten Blank zum Beauftragten der Bundesregierung für alle mit der Unterbringung der alliierten Truppenverpflichtungen zusammenhängenden Fragen ernannt.

Gute Stimmung für Spanien

Vor der Liquidierung der Diktatur

Lake Success (AP). Der politische Sonderausschuß der UN-Vollversammlung begann mit der Spanische Debatte. Aus den Äußerungen zahlreicher Delegierter ist zu entnehmen, daß eine überwältigende Mehrheit sich für die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zu Spanien aussprechen wird. Der von sieben Staaten eingereichte Entschuldigungsvertrag ermächtigt die Mitgliedstaaten der UN, die Chefs ihrer diplomatischen Missionen nach Madrid zurückzusenden. Spanien soll die Möglichkeit erhalten, in die Sonderorganisationen der UN einzutreten.

## Einigung über Bereitschaftspolizei

Bis 31. März 1951 10 000 Mann aufgestellt

Bonn (UP). Bund und Länder erzielten auf einer Konferenz der Ministerpräsidenten und Innenminister eine Einigung über den Aufbau der neuen Bereitschaftspolizei. Bis zum 31. März 1951 sollen etwa 10 000 Mann aufgestellt werden. Bundesinnenminister Dr. Lehr erklärte nach der Konferenz, das Endziel sei nach wie vor die Aufstellung von 20 000 Mann, wie sie von den Alliierten bewilligt worden sei. Da sich Bund und Länder aber am Schluß ihrer Etatjahre befinden und die Unterbringung großer Schwierigkeiten bereite, sollen die rekrutierten Mann den Anfang bilden. Ueber die Finanzierung wurde am Freitag nicht verhandelt, sie bleibt einer weiteren Konferenz vorbehalten. Die Unterbringung der Einheiten nahm besonders breiten Raum in der Diskussion ein, da für die neuen Verbände wahrscheinlich Kasernen freigegeben werden müssen. Einzelheiten über die Aufteilung der Polizei-Verbände und über den möglichen Abschluß eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Polizei sollen noch geklärt werden.

## „Diktator“ Theodor Heuss

Flugblätter im Raume von Köln

Köln (UP). Für eine gemäßigte Diktatur, die Bundespräsident Prof. Heuss ausüben solle, tritt ein Flugblatt ein, das im Raume Köln verteilt und auch an alle Schulen verschickt wurde. In dem Aufruf „Demokratie durch Diktatur“ meint der Verfasser Karl Ley, daß die „Demokratie in Zeiten der Not Wahnsinn“ sei. Die Gefahr einer „totalitären Diktatur“ könne nur durch eine „bewußt gemäßigte Diktatur“ beschworen werden. Während die Diktatur Hitlers keine Spur von Humor, Weisheit und Selbstironie besessen habe, verfüge Bundespräsident Heuss über alle diese Eigenschaften. Ein in holprigen Reimen geschriebenes Gedicht stellt abschließend fest: „Der Mann ist schon gefunden / und ihr alle ihn ja kennt / wer es ist, sagt unumwunden / unser Bundespräsident.“ Als verantwortlicher Verlag zeichnet Karl-Ley-Verlag, Volmsberg (Kreis Siegen).

## Ottenbacher freigesprochen

Einmütiger Beschluß des Militärgerichts

Paris (UP). Ein französisches Militärgericht hat den ehemaligen deutschen Generalmajor Ottenbacher, der angeklagt war, Verbrechen an französischen Zivilisten begangen zu haben, freigesprochen. Der Freispruch-Beschluß wurde vom Gericht einstimmig gefaßt. Vor einem mit sechs französischen Generalen besetzten Gericht war Ottenbacher vorgeworfen worden, für die im Raume von Limoges und Perigueux im Herbst 1944 durchgeführte Hinrichtung von Zivilisten, für die Niederbrennung von Dörfern und für andere Vergeltungsmaßnahmen an Mitgliedern der französischen Widerstandsbewegung verantwortlich zu sein.



nischen Nylonen, deutschen Maschinenteilen und englischer Schokolade über die Zonen-grenze.

Laokay unter Granatwerferfeuer Schwere Kämpfe in Indochina

Saigon (UP). Die Festung Laokay, im Tal des „Roten Flusses“ an der chinesischen Grenze gelegen, wurde am Freitag von den indochinesischen Aufständischen mit Granatwerferfeuer belegt. Ein eigentlicher Angriff der Vietnam-Verbände auf die Festung hat noch nicht begonnen. Etwa fünf Kilometer östlich Laokay begann am Freitagmorgen eine Schlacht zwischen den französischen Verteidigern und Vietnam-Truppen.

Weitere Liberalisierung des Welthandels Neue Maßnahmen ab 1. Februar 1951

Paris (UP). Der Ministerrat der OEEC hat beschlossen, 75 Prozent des gesamten privaten Handelsverkehrs der 18 Mitgliedstaaten von den Quotenbeschränkungen zu befreien, die nach dem Kriege eingeführt wurden. Damit ist eine weitere Liberalisierung des Handels in Westeuropa beschlossen worden, bisher waren nur 60 Prozent des Handels liberalisiert. Diese Regelung bezieht sich nicht auf den staatlichen Handel. Die neuen Liberalisierungsmaßnahmen sollen am 1. Februar 1951 in Kraft treten.

Amerikanische Einladung an Sowjets Verhandlungen über den japanischen Friedensvertrag in Aussicht genommen

Lake Success (UP). Amerikanische Beamte teilten mit, daß die Vereinigten Staaten die Sowjetunion eingeladen haben, gemeinsam mit den USA und elf anderen Staaten an der Ausarbeitung eines japanischen Friedensvertrages mitzuwirken, der kein Verbot einer Wiederbewaffnung Japans enthalten würde.

Wie dazu bekannt wird, hat Dulles bei seiner Unterredung mit Malik von diesem die Zusicherung erhalten, daß er den Krenel um eine Stellungnahme zum amerikanischen Siebenpunkte-Plan für einen japanischen Friedensvertrag bitten werde. Bei dieser Unterredung, die in den späten Abendstunden des Donnerstag stattfand, hat John Foster Dulles, der republikanische außenpolitische Berater im State Department, die Haltung der Vereinigten Staaten zur Frage der japanischen Friedensregelung eingehend dargelegt. Dulles hat vor allem die folgenden amerikanischen Forderungen vorgebracht:

1. Das Schicksal ehemaliger japanischer Besitzungen wie Formosa, Süd-Sachalin, der Pescadore-Inseln und der Kurilen wird von den vier Großmächten des Pazifikraumes — USA, Großbritannien, China und der Sowjetunion — entschieden, falls sich diese Mächte innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des japanischen Friedensvertrages nicht einigen können, soll die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Entscheidung beauftragt werden.

2. Die Vereinigten Staaten wollen die strategische Treuhandverwaltung über die Ryukyu- und die Bonin-Inseln übernehmen.

3. Die Sicherheit Japans wird auch nach Unterzeichnung des japanischen Friedensvertrages — wenigstens solange wie Japan sich nicht selbst verteidigen kann — von den Vereinten Nationen gewährleistet, wobei amerikanische und möglicherweise auch andere Truppen in Japan bleiben sollen.

Das amerikanische Memorandum, das Dulles an Malik weitergab, enthält keine direkte Forderung einer japanischen Wiederbewaffnung. Nach zuverlässigen Informationen soll Dulles jedoch Malik gegenüber erklärt haben, daß Japan eventuell eigene Streitkräfte bilden müsse, wenn es nicht für alle Zeit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern zur Last fallen soll.

Eisenhower für Oberkommando bereit

Frankreichs Plan hat wenig Aussicht

Charleston (UP). General Dwight Eisenhower gab am Freitag seine Bereitschaft zu erkennen, den Posten eines Oberkommandierenden der Nordatlantikpakt-Staaten zu übernehmen, falls Präsident Truman ihm diesen anbieten sollte. Eisenhower erklärte dies auf einer Versammlung des Columbia-University-Club in Charleston. Am Wochenende wird Eisenhower mit Präsident Truman und leitenden Beamten des Verteidigungsministeriums konferieren. Die Regierung der USA hat den Bau von Gebäuden verboten, die für Vergnügungs-, Erholungs- oder Unterhaltungszwecke errichtet werden sollen. Ferner hat sich die Regierung vorbehalten, auch den Weiterbau bereits im Bau befindlicher Gebäude für Zwecke, die nicht „den Verteidigungsmaßnahmen“ dienen, zu verbieten.

Der amerikanische Verteidigungsminister Marshall konferiert am Freitag mit sieben Verteidigungsministern verschiedener Atlantikpaktstaaten, um die letzten Vorbereitungen für die am Samstag stattfindende Konferenz der Verteidigungsminister aller Atlantikpaktländer zu treffen. Jules Moch kündigte an, daß er den französischen Plan den Verteidigungsministern bereits am Samstag unterbreiten werde. Er betonte, daß Frankreich der Bildung deutscher Divisionen unter gar keinen Umständen zustimmen könne, sondern daß es nur „kleine deutsche Einheiten“ billigen werde.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der neugeborene französische Plan einer vereinigten europäischen Armee mit Einbeziehung kleiner deutscher Verbände schon vor seiner Großjährigkeit sein Leben aushauchen wird.

Henry Byroade, der Leiter der Deutschland-Abteilung im State Department, wird, wie man erfährt, an den Sitzungen der Verteidigungsminister der Atlantikpakt-Staaten teilnehmen, um dem amerikanischen Verteidigungsminister in Fragen der deutschen Wiederbewaffnung als Berater zur Seite zu stehen. Der Beschluß, Byroade zu dieser Konferenz hinzuzuziehen, läßt nach Ansicht amerikanischer Beamter die Bedeutung erkennen, die die Vereinigten Staaten dem deutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas beimessen.

Die Mitglieder des Militärausschusses der zwölf Atlantikpaktstaaten sprachen sich am Freitag einmütig dafür aus, General Eisenhower zum Oberbefehlshaber der geplanten westeuropäischen Verteidigungstreitmacht zu ernennen. Diesem Beschluß müssen nun noch die am Samstag in Washington zusammen tretenden Verteidigungsminister der Atlantikpaktstaaten zustimmen. Allgemein wird angenommen, daß diese Zustimmung nur noch eine Formalität sein wird. Schon jetzt kann als sicher gelten, daß Eisenhower das Amt tatsächlich übernehmen wird.

Chinesische Truppen auf koreanischem Gebiet?

Stärker werdender kommunistischer Widerstand. — Weitere Städte erobert

Tokio (UP). Die Erfolgsmeldungen über das Vordringen südkoreanischer Verbände bis zum Yalu-Fluß, der natürlichen Grenze zwischen Mandschurei und Korea, wurden am Freitag durch Berichte von dem Einmarsch chinesischer Truppen in Stärke von 40 000 Mann in koreanisches Gebiet gedämpft. Das Gros der chinesischen Truppen, die in nordkoreanischen Uniformen eingekleidet sind, soll sich nach südkoreanischen Meldungen bei Ussu an befinden. Es wird angenommen, daß diese chinesischen Einheiten unter anderem die Aufgabe haben, die Wasserkraftwerke auf dem südlichen Ufer des Yalu-Flusses zu schützen.

Diese Berichte werden durch die Aussage eines chinesisch-sprechenden Gefangenen bestätigt, der behauptet, mit größeren Verbänden vor wenigen Tagen in nordkoreanisches Gebiet einmarschiert zu sein. Nordkoreanische Einheiten hatten mit Unterstützung von 2000 chinesischen Kommunisten 120 km nördlich von Pjongjang und etwa 65 km unterhalb der mandschurischen Grenze ein südkoreanisches Regiment eingeschlossen. Doch konnten sich diese Truppen aus der Umklammerung befreien. Sie sind nach schweren Kämpfen dabei, den Anschluß zu ihren eigenen Verbänden wiederherzustellen.

Kurz nachdem der nordkoreanische Sender in Sintuil verkündet hatte, daß die Nordkoreaner „bis zum letzten Mann“ kämpfen würden, ist es anderen südkoreanischen Verbänden an der Ostküste gelungen, sich der wichtigen Stadt Songjin zu nähern. Vorhuten der Südkoreaner standen am Freitag am Stadtrand von Songjin, wo sie auf harte Abwehr der Kommunisten stießen.

Die Aktionen in Korea wurden am Freitag durch den sich verstärkenden Widerstand der Kommunisten und durch relativ starke Schneefälle behindert. Auf einer Frontbreite von 250 km waren am Freitagabend die Streitkräfte der Vereinten Nationen in Ge-

fechte von verschiedener Stärke mit den Kommunisten verwickelt. Offiziere des amerikanischen Abwehrlendienstes tendieren noch immer zur Annahme, daß es sich — falls wirklich Verstärkungen aus der Mandschurei eingetroffen sein sollten — dabei eher um in der Mandschurei lebende Nordkoreaner denn um Chinesen handele. Im alliierten Hauptquartier wird betont, daß die Tatsache des stärker werdenden kommunistischen Widerstandes in keiner Weise Anlaß zur ernsthaften Bedenken gebe.

Bücher stellt Strafantrag gegen „Rheinische Zeitung“. Vizekanzler Blücher stellte gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten und Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“, Eichler, sowie gegen den Bonner Korrespondenten des Blattes Strafantrag wegen verlesender Beleidigung. Der Strafantrag steht im Zusammenhang mit Berichten aus dem „Spiegel“-Untersuchungsausschuß.

Der Bundeskanzler spricht in Stuttgart. Bundeskanzler Dr. Adenauer wird am 4. November auf einer CDU-Kundgebung in Stuttgart sprechen.

Entnazifizierung liegt in Agonie. „Die Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen liegt in den letzten Zügen, wenn sie tot ist, wird ihr niemand nachtrauern“, stellte in Düsseldorf der Justizminister Dr. Amelunxen fest.

Hoffmann erneut vor der Spruchkammer. Hitlers Leibfotograf, Heinrich Hoffmann, stand am Freitag in einem Berufungsverfahren zum sechsten Mal vor einer Münchener Spruchkammer. Der Spruch wird ihm schriftlich übermittelt.

Südkorea fordert 2 Milliarden von den UN. Die Republik von Korea hat die Vereinten Nationen aufgefordert, ihr in den nächsten fünfzehn Jahren zwei Milliarden Dollar zum Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen.

Indien warnt vor Invasion Tibets

Keine Erregung in London über Tibet-Berichte

Neu Delhi (up). Indien legte bei der Regierung des kommunistischen China Protest gegen die Invasion in Tibet ein. In informierten Kreisen glaubt man, daß das kommunistische China Tibet mit der Besetzung des Landes vor vollendete Tatsachen stellen wolle bevor noch über die Zukunft des Landes verhandelt wird.

In britischen Regierungskreisen wurden die Berichte über eine angebliche Invasion Tibets durch kommunistische chinesische Truppen mit Gelassenheit aufgenommen. Es wurde allerdings zugegeben, daß die Auswirkungen dieser Ereignisse auf die Beziehungen zwischen Indien und China gleichzeitig einen entscheidenden Einfluß auf das Mächtegleichgewicht in Asien haben werde.

In der Gefängniszelle verbrannt Selbstmord oder Fluchtversuch?

Berlin (UP). Ein kürzlich verurteilter Mörder verbrannte sich in seiner Zelle im Westberliner Untersuchungsgefängnis Moabit seinen Strohsack in Brand und erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er im Gefängniskrankenhaus verstarb. Obwohl der Häftling den Ärzten noch kurz vor seinem Tode die Erklärung abgab, daß er den Strohsack in Brand gesteckt habe, um in das Krankenhaus eingeliefert zu werden, sind die Motive dieser Tat bisher noch immer ungeklärt. Es wird angenommen, daß die Absicht vorlag, aus dem Gefängniskrankenhaus zu entfliehen.

Wirbelsturm im Pazifik Millionenchaden verursacht

Portland, Oregon (UP). Im Nordwest-Pazifik tobte am Freitag ein schwerer Wirbelsturm, der im Staate Oregon nach bisher vorliegenden Meldungen Schäden von mehr als einer Million Dollar anrichtete. Ein Flugzeug mit vier Personen an Bord wird vermißt. Es wird befürchtet, daß es im Sturm abstürzte. Ein zweiter Wirbelsturm wurde am Freitag etwa 1100 Kilometer vor der amerikanischen Westküste festgestellt.

„Flugs zum Fenster hinaus“

Entnazifizierungsbescheide fallen vom Himmel

Kiel (UP). Ein Vorfall, der noch der näheren Aufklärung bedarf, spielte sich dieser Tage in Kiel ab. Personen, die am Rathaus vorbeigingen, wurden plötzlich aus einer Luke des Rathauses mit Tausenden von Entnazifizierungsbescheiden überschüttet. Es stellte sich heraus, daß zwei Schüler sich Zugang in die Aktenkammer verschafft hatten. Dort inspizierten sie, wie sie später sagten, „den Papierkrieg“. Sie fanden dann wohlgeordnet die Bescheide über eine mehr oder minder erfolgreiche behördliche „Entbräunung“. Kaum gesehen, hatten sie schon ihren Entschluß gefaßt: „Flugs zum Fenster hinaus und weg“, war ihre Devise. Nun befaßt sich die Kieler Kriminalpolizei mit der Angelegenheit.

Fotoapparate schwammen davon

Mißglückter Schmugglertrick auf der Salzach

Burghausen (UP). Zwei Faltbootfahrer sichtigten auf der Fahrt von Laufen nach Tittmoning ein kleines, aus zwei zusammengebaunden Autoschlüssen hergestelltes Floß, das die Salzach abwärts schwamm. Sie entdeckten dann auf den Schlüchen in einer Zeitplane 48 Fotoapparate und 12 Sonnenbrillen. Da an dem Floß eine Wurfleine befestigt war, kann angenommen werden, daß die Schmuggler die Leine an einer engen Stelle des Flusses an österreichische Ufer werfen wollten, damit die dort wartenden Komplizen das Floß hinüberziehen könnten. Die Leine scheint aber ihr Ziel verfehlt zu haben, so daß das Floß sich selbständig auf eine Reise begab.

PETER SCHELLINGS EROBERUNG

ROMAN von Margarete Eber

Von Dr. Kurt Zehnbecker, Lit. Bibl. Alfred Leine

1. Fortsetzung

Die unheimlich schöne Tropennacht mit ihrem tiefen, nur von Tierstimmen unterbrochenen Schweigen durchwachte Benno in schmerzlicher Qual. Mit brennenden Augen sah er auf Maria, die selig schlief. Einmal, nur ein einziges Mal ihren blauen Mund küssen, dachte er.

Nein, nein, um Gottes willen — wer erlöste ihn von seinen Gedanken? Er wollte nicht zum Schuft werden! Wollte nicht!

Als seine Wachtzeit zu Ende war und Dorn den Posten bezog, warf sich Benno weit fort von Maria auf die ausgedörrte Erde, die Fäuste fest geballt, mit keuchender Brust! Er fürchtete sich schon vor dem kommenden Tag.

Und wieder verging auch dieser Tag wie der andere! Nur das Schweigen lastete nicht mehr auf den Kameraden. Jeder fürchtete sich davor, und krampfhaft schwatzend schlugen sie es immer wieder aus dem Felde.

In der Mittagszeit lagen sie dann alle vier, zu Tode ermattet, lang ausgestreckt in dem spärlich gependelten Schatten. Maria sah durch die halb geöffneten Augen, fast wie in einem Traum, wie Binmy mit gierigem Gesicht seine Wasserflasche an den Mund setzte. Krampfhaft ermunterte sie sich. Ein schneller Blick nach Binmy überzeugte sie davon, daß sie nicht geträumt hatte.

Sofort sprang sie auf die Füße. Erschreckt sahen nun auch ihre Kameraden auf. „Was gibt es?“

„Da — Binmy hat sein Wasser ausgetrunken!“

Im Nu waren Benno und Ull auf den Füßen. Benno fuchtelte mit wildrollenden Augen mit einer Bambusgerte, ganz gewillt, Binmy gehörig durchzubläuen.

Maria fiel ihm in die Arme und Benno vergaß im Augenblick alles. Er fühlte nur die Nähe der begehrten Frau. Ulrich riß ihm den Stock aus der kräftig gewordenen Hand und schleuderte ihn weit fort:

„Laß das! Er wird es ja selbst am schwersten fühlen, daß er sich nicht beherrschen konnte!“

„Nur mit Mühe konnte Benno seine Gedanken sammeln. Um nur etwas zu sagen, antwortete er: „Oder er bestiehlt uns!“

Maria hatte sich hastig von ihm entfernt. Sie hatte einen Blick Benno aufgefunden, der sie mit Angst erfüllte — und um dieser Angst zu entgehen, mischte sie sich ernsthaft in die Debatte: „Du siehst gleich wieder Gensperster! Binmy ist uns treu ergeben!“

Und Binmy kam nebstmal ungeprägt davon. Nach kurzer Rast zogen sie dann weiter. Sie fühlten jetzt die geringsten Aufregungen bleischwer in den Gliedern.

Ihre Hoffnung, am Abend die Flußnabe wenigstens zu spüren, bewahrheitete sich nicht. Tief entmutigt, erschöpft und von einem Durst geplagt, für den ihre geringe Tagesration wie ein Tropfen auf den heißen Stein war, legten sie sich, um dem Körper wenigstens Ruhe zu gönnen. Schlaf fanden sie kaum — wenigstens nicht in erquickendem Maße. Es war ein fiebriges Hindämmern. Als der Morgen heraufzog erhob sich Ulrich. Er glaubte seine Reisekameraden noch alle schlafend. Behutsam schlich er sich davon nach einem erhöhten Platz, um von dort aus den Weg besser übersehen zu können.

Benno aber hatte es bemerkt. Seine Gedanken bewegten sich nur um Marias Besitz. Er hatte alle Beherrschung verloren. Unter halb geschlossenen Augen sah er Dorn nach, und als der weit genug fort war, kroch Benno leise an Marias Seite und überfiel sie mit wilden Küssen.

Maria war heftig erschrocken. Kraftvoll setzte sie sich zur Wehr und rang mit dem Rasenden. Sie wollte nicht, daß Ulrich etwas von dem Überfall merken sollte. Stumm, mit zusammengebissenen Zähnen, wehrte sie sich gegen Benno.

Ull wandte zufällig sein Gesicht zurück und

sah ein Bild, das ihn vor Schreck einen Augenblick starr stehen ließ.

Er sah, daß Maria sich mit wütendem Ernst gegen Benno verteidigte. In langen Sätzen sprang Ulrich den Weg zurück. Es kam zu einem regelrechten Handgemenge, in dessen Verlauf durch irgend eine Unvorsichtigkeit der Kompaß, den Benno in der Tasche getragen hatte, klirrend zu Boden fiel und zer-schellte.

Keiner von den Beteiligten bemerkte es. Maria hatte sich zitternd gegen einen Baum gelehnt und starrte mit geöffneten Augen auf den entsetzlichen Kampf. Zum erstenmal be-reute sie bitter, die Reise mitgemacht zu haben.

Ganz plötzlich kam Ulrich dann zur Vernunft. Er ließ Benno frei. Dem wütenden Ringen der beiden Männer folgte tödliches Schweigen. Endlich richtete sich Ulrich auf, ordnete seine Kleider und trat auf Benno zu: „Ich schmeiß dich — handgreiflich geworden zu sein! Wir hätten Maria den Anblick dieses Kampfes ersparen müssen! Ich will deinen überreizten Nerven manches zugute halten — Benno! Nur das rettet dir dein Leben!“

Ohne sich weiter um Benno zu kümmern, trat er zu Maria.

„Komm, Maria!“

Mit ruhiger Überlegenheit ergriff Ull die Hand seiner Frau und führte sie an Benno vorbei. Maria folgte ihm stumm, heimlich schauernd, mit zitternden Nerven.

Ulrich schritt neben seiner Frau.

Schwer keuchend hob sich seine Brust: „Maria — kannst du, mir verzeihen — ich hätte Verstand genug haben müssen, dir die wüste Szene zu ersparen!“

Maria hob nur müde die Hand. Sprechen konnte sie nicht.

Mit elenden Gefühlen schlich Benno ihnen nach. Er schämte sich vor sich selbst, daß er so sehr am Leben hing, daß er lieber hinter den beiden herschlich, als sich allein auf den Weg zu machen. So lief er in den Fußstapfen seines verhassten Nebenbuhlers folgsam wie ein geprägelter Hund.

Und hinter ihnen trollte Binmy. Er war ganz stumpf. Er fühlte nur eines — Durst! Hatte nur einen Gedanken — Wasser! Daran änderte sich auch nichts, daß Maria ihm heimlich von dem ihren zu trinken gab. Und so wanderten sie stumm und stumpf durch die dürre Ode — endlos, ergeben in ihr Schicksal! Und wanderten und wanderten!

Erst im Laufe des Tages bemerkten sie, daß ihnen bei dem verhängnisvollen Kampf der Kompaß verlorengegangen war.

Sie hätten sich nach dem Stand der Sonne richten können — aber als sie den Verlust des Kompasses bemerkten, wußten sie nicht mehr, ob sie noch auf dem rechten Weg waren. In tief niedergedrückter Stimmung wanderten sie weiter; und am Abend merkten sie, daß sie einen halben Bogen geschlagen hatten, und ihrem Ziel, trotz allen Wanderns, um keinen Schritt näher gekommen waren, ja eher verloren als gewonnen hatten.

Ulrich Dorn fühlte sich zu allem Unglück auch noch recht schlecht. Er ahnte den Ausbruch eines Malariaanfalls und vermied sein Chinin. Vor sich hinsternd, saß er auf Wache. Ganz verzweifelt dachte er daran, was werden sollte, wenn er nun auch noch krank würde. Er lehnte stöhnend den Kopf an sein schuß-bereites Gewehr und fühlte sich selbst den Puls.

Fieber! Während stieg ihm die Angst in die Kehle. Es war, als legten sich wallende Nebel über seine Augen. Nur undeutlich sah er alles, was in der mondhellten Nacht vorging.

Ein Hascheln machte ihn aufmerksam. In Marias unmittelbarer Nähe bewegte sich schleichend ein schwarzer Schatten.

Ein Raubtier!

Ohne Besinnen legte Ulrich das Gewehr an und schoß ab.

Ein wilder Schrei, der Maria hellwach auf-fahren ließ — und Ulrich im lähmenden Schreck das Gewehr aus der Hand fallen machte, war die Antwort.

Taumelnd knau Ulrich heran und sah sich seine Beute an. Benno war tot! Tot lag er am Boden!

(Fortsetzung folgt)



Umschau in Karlsruhe

Der Präsident der Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Baden, Dr. Kettel, feierte am Freitag seinen 75. Geburtstag. Gleichzeitig beging Dr. Kettel sein 25jähriges Dienstjubiläum beim Verband Landwirtschaftlicher Genossenschaften (Raiffeisen) in Karlsruhe.

Anlässlich des 125jährigen Bestehens der Technischen Hochschule Karlsruhe wurde der Inhaber der graphischen Großbetriebe Offenburger/Lahr, Dr. Burda, zum Ehrensenator ernannt.

Austauschspiele von Freiburg und Karlsruhe. Nach langer Unterbrechung gastiert das Freiburger Theater am 24. November zum ersten Male wieder in Karlsruhe mit der Oper „Peer Gynt“ von Werner Ege. Das Badische Staatstheater in Kaiserslautern gibt am 29. November in Freiburg im Großen Haus der Städtischen Bühnen eine Gastvorstellung der Oper „Elektra“ von Richard Strauss. Mit diesen beiden Austauschspielen wird eine alte Tradition wieder aufgenommen. Die Leitung des Freiburger Theaters hofft, auch die früheren Austauschspiele mit dem Straßburger Theater und mit anderen Bühnen des Elsaß wieder in Gang zu bringen. Geplant ist auch ein Austausch mit Basel.

Die Wohnungnot ist ungeheuer

Karlsruhe (Sd). In Nordbaden sind die Wohnungsverhältnisse nicht besser als in anderen benachbarten Gebieten. Mannheim weist 9253 Familien mit insgesamt 33 996 Personen auf, die auf der Wohnungssuche sind. Dabei enthalten diese Zahlen nur die anerkannt dringenden Fälle. Daneben wollen 30 000 bis 40 000 weitere Personen die früher in Mannheim wohnten, wieder nach Mannheim ziehen. Bei diesen Personen handelt es sich meist um sogenannte Pendler, die jetzt im Oberrhein oder in anderen ländlichen Bezirken leben. Beim Wohnungsamt in Heidelberg waren Ende September 3533 Familien mit 11 756 Personen auf der Suche nach einer Wohnung. Diese Zahlen nehmen ständig zu. Während der letzten Monate kamen monatlich etwa 150 neue Wohnungssuchende hinzu. In Karlsruhe sind zur Zeit 6000 wohnungssuchende Familien registriert. Der monatliche Zuzug nach Karlsruhe beläuft sich auf 400 bis 500 Personen. 1752 Familien suchen in Pforzheim neue Wohnungen. Dazu kommen 2416 Einzelpersonen. Bei diesen Zahlen muß beachtet werden, daß in ihnen nicht die heimatischen Ausländer enthalten sind, die nach ihrer Übernahme in die deutsche Verwaltung ebenfalls in Wohnungen eingewiesen werden sollen.

Steht ein kalter Winter bevor?

Karlsruhe (SWK). In den verschiedensten Gegenden Badens wurden in diesen Tagen Kraniche beobachtet, die in starken, keilförmigen Schwärmen und mit schleppenden Flügel schlägen nach Süden zogen. Der metallene Klang ihrer Stimmen ließ manchen aufhorchen und zu den Wolken schauen, unter denen die großen schwarzen Vögel mit langen, zurückgeworbenen Halsen nach wärmeren Breiten strebten. Ähnliche Beobachtungen werden auch aus Württemberg gemeldet. Auf den Tauberwiesen bei Bad Mergentheim konnten ferrier schon Seidenschwänze gesichtet werden. Diese Vögel sind ebenfalls im hohen Norden beheimatet und tauchen lediglich vor sehr kalten Wintern in unseren Gegenden auf.

Badische Kunst der Gegenwart

Karlsruhe. Im Badischen Kunstverein, Karlsruhe, Waldstr. 3, wird am Samstag, den 28. Oktober, 13 Uhr, eine Ausstellung „Badische Kunst der Gegenwart“ eröffnet. Die Ausstellung ist täglich mit Ausnahme des Montags von 10 bis 17 Uhr, sonntags von 11 bis 13 Uhr geöffnet.

Ein neuer Mantel drückt 10 Wochen

Karlsruhe (fm). Anfangs Jan. hatte die 22-jährige ledige G. R. aus Etsenrot bei einer Karlsruher Firma gegen Anzahlung einen Damenmantel auf Stoff gekauft, dessen Preis 119 DM betrug. Sie gab den Mantel weiter, so daß die Firma, nachdem die Käuferin mit der Zahlung in Verzug geraten war, ihn nicht mehr zurückgeben konnte. Ihr Verhalten löste eine Strafverfügung von 10 Wochen Gefängnis wegen Unterschlagung aus. Sie legte Einspruch ein, verzichtete jedoch kurz vor Beginn auf Verhandlung und unterwarf sich der Strafe. Sie wurde auf freien Fuß gesetzt.

Erzbischof Dr. Wendelin Rauch

40 Jahre Priester

Freiburg (Sd). Der Freiburger Erzbischof Dr. Wendelin Rauch feiert heute, am Samstag, 28. Oktober, sein 40jähriges Priesterjubiläum. Aus diesem Anlaß wird um 9 Uhr im Münster ein feierliches Hochamt für den Jubilar zelebriert. Am Sonntag um 10 Uhr wird Dr. Rauch selbst ein Pontifikalamt halten. Im Anschluß an die Feier seines Priesterjubiläums führt der Erzbischof nach Rom, wo er am 1. November der Verkündigung des neuen Dogmas über die leibliche Himmelfahrt der Jungfrau Maria beiwohnen wird.

Erzbischof Dr. Rauch, der seine theologische Ausbildung am „Collegium Germanicum“ in Rom erhielt, lehrte von 1922 bis 1938 am Priesterseminar in Mainz Moraltheologie und war danach Direktor des Freiburger theologischen Konvikts. 1948 übernahm er als Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs Dr. Konrad Gröber die Freiburger Erzbischöfliche wissenschaftliche Arbeiten haben seinen Ruf als hervorragender Moraltheologe begründet.

Erzbischof Dr. W. Rauch wurde am 30. 8. 1885 in Zell am Aandelsbach geboren. Nach Vollendung seiner Gymnasialstudien in Rastatt trat er in das theologische Konvikt in Freiburg ein. Die Kirchenbehörde schlug den begabten Theologen zum Weiterstudium in der ewigen Stadt vor. Dort begeisterte sich sein für alles Wahre und Schöne aufgeschlossener Geist an den Werten antiker und christlicher Kultur und vertiefte sich vor allem in die Wahrheiten der philosophia perennis und der systematischen Theologie. Damals wurde der Grund gelegt für das umfassende Wissen und die durchdringende Tiefe, die jenen, die ihm begegnet, sofort gefangen nimmt. Diese Klarheit und Tiefe des Denkens, verbunden mit einer lebendigen Darstellungsgabe, machten ihn zum geeigneten Lehrer der jungen Theologen, als deren Repetitor er im Jahre 1911 berufen wurde.

Als der 1. Weltkrieg ausbrach, zog der junge Repetitor als Militärkapellmeister an die verschiedenen Fronten, namentlich Rumänien und Frankreich, um als Seelsorger unter den Soldaten zu wirken. So manches Erlebnis jener Tage hat sich tief in seine Seele eingegrät. Im Jahre 1922 wurde er Privatdozent in Freiburg und 1925 erhielt er den Lehrstuhl für Moraltheologie am Priesterseminar in Mainz. Hier entfaltete er eine überaus segensreiche Tätigkeit als akademischer Lehrer und Verfasser wegweisender Aufsätze und Schriften. Vor allem verdient hier seine im Auftrag der Fuldaer Bischofskonferenz verfaßte Eheschrift: Das Gesetz Gottes in der Ehe der Erwählung, die wohl zum Besten und vor allem zum Klaren gehört, was über die christliche Ehe geschrieben wurde.

Im Jahre 1933 erschien der in Freiburg gehaltene Vortrag „Probleme der modernen Eugenik im Lichte der christlichen Ethik“ im Druck, eine Schrift, die sehr bald das Mit-

fallen der NS-Mächte erregte, weil in ihr mit unüberlegbarer Klarheit die gegen die Naturordnung der Dinge verstoßenden nationalsozialistischen Sterilisations-Bestrebungen verurteilt wurden.

Im Jahre 1938 berief Erzbischof Dr. Conrad Gröber den Mainzer Seminarprofessor als Direktor des Collegium Borromäum nach Freiburg und ernannte ihn bald darauf zum Domkapitular und Mitglied des Erzb. Ordinariats. Hier ward ihm nun die schöne und große Aufgabe, die werdenden Priester einzuführen in die Größe und Würde, aber auch in die schweren Pflichten des Priestertums. Er verlangte viel von den ihm anvertrauten, aber sein leuchtendes Beispiel und seine vom Wesen der Dinge her kommenden Begründungen der einzelnen Pflichten riß alle mit. Schwere Zeiten kamen in den Jahren des Krieges. Der Direktor erlebte es, wie einer nach dem anderen die Stille der Studierstube mit dem Lärm der Kaserne und der Front vertauschen mußte. Er blieb mit jedem einzelnen in persönlicher Verbindung und seine wegweisenden Briefe an die Front haben den feidgenauen Theologen ungeheuer viel gegeben. Dann kam noch das Schwerkste: Beim Fliegerangriff in Freiburg im November 1944 wurde auch der Altbau des Collegium Borromäum zerstört, ebenso die Konviktskirche. Bei den Aufräumungsarbeiten sah man den Direktor in vorderster Reihe, und er war es auch, der den Wiederaufbau des Hauses einleitete und später als Bischof mächtig förderte.

Im Jahre 1946 wurde er auf eigenen Wunsch vom Amt als Direktor entbunden, um sich mehr seinen Ordinaratsaufgaben und der Wissenschaft widmen zu können. Aber er ward zu Höherem berufen. Als der Tod dem greisen Bekennerbischof Conrad den Hirtenstab aus der Hand genommen hatte, wurde von vielen Domkapitularen W. Rauch als Nachfolger genannt. Erst am 30. 8. an seinem 63. Geburtstag, erfolgte seine Ernennung seitens des H. Vaters Am Fest der Apostel Simon und Juda erfolgte durch Kardinal Frings (Köln) die Weihe und Inthronisation. Seit dieser Zeit hat der neue Erzbischof fast alle Teile seiner weiten Erzbischöflichen besucht und mit allen Schichten des Volkes Fühlung genommen. Überall ruft sein schlichtes, einfaches, grundgütiges Wesen Begeisterung hervor.

Mit großer Besorgnis vernahm man Ende letzten Jahres die Nachricht von seiner ernstlichen Erkrankung, die wohl durch die allzu großen Anstrengungen mitbedingt war, denen er sich unterworfen hatte. An seinem Ehrentag nimmt die ganze Diözese herzlichen Anteil und wünscht vor allem, daß seine Gesundheit wieder sich so kräftigen möge, daß er noch recht lange den Pflichten seines schweren Amtes obliegen kann zum Segen für das Erzbistum und unserer badischen Heimat.

Festakt zu Ehren der „Fridericiana“

G Glückwünsche aus aller Welt für die Technische Hochschule Karlsruhe

Karlsruhe (ZSH). Die Feierlichkeiten aus Anlaß des 125jährigen Bestehens der Technischen Hochschule „Fridericiana“ Karlsruhe erreichten am Freitag mit einem Festakt im Badischen Staatstheater einen Höhepunkt. In Anwesenheit zahlreicher Wissenschaftler des In- und Auslandes und starker Abordnungen sämtlicher deutschen Hochschulen und Universitäten sowie Vertretern der Politik und Wirtschaft übermittelte der amerikanische Landeskommissar von Württemberg-Baden, General Gross, die Glückwünsche der alliierten Hohen Kommission von Deutschland. Zugleich überbrachten Direktoren und Pro-Rektoren der Universitäten von Cambridge, Salamanca, Rom, Helsinki, Istanbul, Kopenhagen, Basel, Zürich und Steljenbosch (Südafrika) sowie von Berlin ihre Glückwünsche. Der Pro-Rektor der Technischen Universität von Berlin, Professor Dr. Pflaum, betonte in einer Ansprache die innige Verbundenheit der Berliner Bevölkerung mit dem Westen, die auch in diesem Festakt zum Ausdruck komme.

Kultminister Bäuerle betonte die Tech-

nische Hochschule Karlsruhe könne nicht nur den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die älteste Hochschule Deutschlands zu sein. Sie könne auch stolz auf jene Männer sein, die aus ihrer Schule hervorgegangen seien. Der Karlsruher Oberbürgermeister Töpper übergab der Hochschule 50 000 DM, die für den Ausbau von Lehrinstituten verwendet werden sollen.

Die Festrede

Der Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe, Professor Dr. Ernst Terres, erklärte in seiner Festrede, die wissenschaftliche Erkenntnis und die Entwicklung der Technik hätten die materielle und die geistige Welt so grundlegend geändert, daß die Menschheit ihre ganze Kraft aufbieten müsse, um den Kampf mit den Gewalten des Bösen aufzunehmen und erneut um den Bestand der Moral und des menschlichen Rechts auf Freiheit zu ringen. Die Problematik der gegenwärtigen politischen Verhältnisse trete besonders in der Bildung von nur zwei Weltmächten in Erscheinung, die sich mit unterschiedlichen weltanschaulichen, politischen und

wirtschaftlichen Zielen gegenüberstünden. Europa falle die Aufgabe zu, der friedliche Vermittler zwischen Ost und West zu werden.

Anschließend wurden Professor Dr. Ros, Zürich, zum Ehrensenator sowie Geheimrat Dr. Demoll, München, und Architekt Völkers, München, zu Ehrendoktoren der Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule ernannt.

Zur 125-Jahrfeier hatten Bundespräsident Dr. Heuss, Bundeskanzler Dr. Adenauer, die Hohen Kommissare McCloy und François-Poncet sowie zahlreiche Hochschulen und Universitäten der ganzen Welt telegraphisch ihre Glückwünsche übermittelt. Während der Jubiläumfeier wurde eine Vereingung aller ehemaligen Studenten der TH Karlsruhe ins Leben gerufen, die die Verbindung mit allen früheren Studenten der TH in der Welt aufrechterhalten und Bindeglied zwischen Studierenden und Wissenschaftlern sein soll. Der akademische Festakt wurde von Darbietungen der badischen Staatskapelle unter Leitung von Generalmusikdirektor Matzerath unrahmt.

Landeskommissar hebt deutsches Gerichtsamt auf

Mannheim (Uwb). Der amerikanische Landeskommissar für Württemberg-Baden, General Gross, hat Ministerpräsident Dr. Maier mitgeteilt, daß er ein Urteil des Landgerichts Mannheim in einer Zivilklage für nichtig erklären müsse, weil dieser Fall sowohl nach Militärregierungsgesetz Nr. 2 als auch nach Gesetz Nr. 3 der alliierten Hohen Kommission der Zuständigkeit deutscher Gerichte entzogen sei. Der amerikanische Landeskommissar weist bei seiner Entscheidung darauf hin, daß die Verfügungen des Mannheimer Oberbürgermeisters seinerzeit auf mündlichen Anordnungen der örtlichen Militärregierung beruhten und das Verfahren daher nicht vor einem deutschen Gericht geführt werden dürfte. Dr. Maier wird darum ersucht, die Gründe für ein solches gesetzwidriges Vorgehen des Landgerichts Mannheim zu erklären. Der Einspruch des Landeskommissariats bezieht sich auf die Klage des früheren Eigentümers eines Lebensmittelgeschäftes in Mannheim auf Rückgabe seines Geschäftes durch einen ehemals politisch Verfolgten. Dem ursprünglichen Eigentümer war als Mitglied der NSDAP durch eine Verfügung des Oberbürgermeisters von Mannheim vom 31. Juli 1945 die Kleinhandelslizenz entzogen und einem politisch Verfolgten die Erlaubnis erteilt worden, das Lebensmittelgeschäft weiterzuführen. Am 8. August 1945 hatte der Eigentümer sein Geschäft an den politisch Verfolgten verkauft. Nachdem der ursprüngliche Eigentümer durch Spruchkammerentscheid vom 17. April 1948 als Mitläufer eingestuft worden war, hatte die Stadtverwaltung Mannheim ihre Verfügungen, die diesem Geschäftswechsel zugrunde lagen, aufgehoben. Daraufhin hatte der ehemalige Eigentümer durch Urteil des Landgerichts Mannheim vom 6. Dezember 1949 erreicht, daß seiner Forderung auf Rückgabe des Lebensmittelgeschäftes stattgegeben wurde.

Die erste SRP-Kundgebung

Heidelberg (Uwb). Der Geschäftsführer der Sozialistischen Reichspartei, Mathäi, behauptete auf der ersten öffentlichen Kundgebung der SRP in Heidelberg, die Politik Adenauers führe dazu, daß die Deutschen im Ernstfall den Rückzug der Amerikaner decken müßten. Die Amerikaner wollten ganz genau, daß der Typ des guten Infanteristen in Westeuropa nur in Deutschland zu finden sei. Frankreich sei „morbide“ und mit den Beneluxstaaten sei „auch nicht viel los“. Der Redner bedauerte es, daß sich die ehemaligen deutschen Offiziere in ihrer Mehrheit um die Auszahlung ihrer Pensionen besorgt seien und meinte auf der Versammlung, die von etwa 40 Personen besucht war, die SRP stelle die einzige nationale Opposition in Westdeutschland dar. Wirtschaftlich strebe sie einen „völkischen Sozialismus“ an.

Der Schwarzwald im Winterkleid

Freiburg. Bei Temperaturen bis zu minus 8 Grad ist im gesamten Hochschwarzwald bis auf 700 m Höhe herab in den letzten 48 Stunden Schnee gefallen. Die Schneedecke beträgt jedoch nur 3-4 cm, so daß noch kein Schisport möglich ist. Nach Auskunft des badischen Landeswetterdienstes ist noch für kurze Zeit mit Fortdauer des Schneefalls zu rechnen, dann wird wieder mit milderem Wetter gerechnet.

Gute Tabake und Viel Erfahrung: BRINKMANN

